

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 16.

Breslau, Donnerstag, den 20. Januar 1916.

27. Jahrgang.

Der Friede von Skutari.

Ein Teil der montenegrinischen Regierung ist nach Cetinje zurückgekehrt, der König selbst ist in Skutari verblieben, von wo aus er Einfluß auf die Friedensverhandlungen nehmen wird. Skutari gilt ja als seine unünftige Residenz, ist mindestens fünfmal so groß als Cetinje und gehörte bisher zu Nordalbanien. Die dorthin geflüchteten Serben verlassen eiligst das von dem Einzug der Oesterreicher bedrohte Land. Ueber die Friedensbedingungen werden aus Rom schon einige Einzelheiten gemeldet, die sicher verstimmt sind, die aber angesichts der mehrmonatigen Verhandlungen, die der Kapitulation vorangingen, nicht jeder Unterlaue entbehren können. In den Wandelgängen des Monte Citorio in Rom erklärt man zum Beispiel, daß man über die Sonderverhandlungen Montenegros schon längst unterrichtet gewesen sei. Montenegro soll für den Lomten Skutari erhalten. Auch Reuters Bureau meldet aus Rom ziemlich allfug: Informierten Personen war seit zwei Monaten die tatsächliche Lage Montenegros bekannt. Die Bedingungen für die Kapitulation seien, daß Montenegro den Lomten abtrete und dafür einen Hafen im Adriatischen Meer erhält. Montenegro bleibt unabhängig. Der montenegrinische Konsul in Rom teilte mit, daß König Nikita eine Proklamation an sein Volk richten werde, worin er sagt, Montenegro habe nur wählen können zwischen Untergang und Uebergabe.

Die Ständen Frankreichs, Englands und Italiens in Montenegro sind, nach italienischen Blättern, von ihren Regierungen zurückberufen worden. Die diplomatischen Beziehungen der Westmächte zu Montenegro sind damit eingestellt. Die montenegrinische Staatsbank wird aus Alessio nach Cetinje zurückgebracht, wohin auch die montenegrinischen Staatsbehörden zum Teil zurückkehren. Die serbischen Regierungsbehörden haben infolge der Kapitulation Montenegros Skutari fluchtartig verlassen und sich in Durazzo nach Italien eingeschifft.

In italienischen Zeitungen ist bereits davon die Rede, daß auch Serbien zu Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten kommen möchte. Auch in Rumänien hat die Unterwerfung Montenegros einen tiefen Eindruck gemacht. Ein führendes dänisches Blatt schreibt, daß die Unterwerfung Montenegros in Rußland peinlichen und schmerz-

lichen Eindruck machen müsse. Der Zar habe seinen besten Freund auf dem Balkan im Stich lassen müssen. Auch mit der Balkanhoffnung Italiens sei es seit der Kapitulation Montenegros aus. England werde sich des Gefühls der Beunruhigung kaum erwehren können.

Die größte Freude erregte der erste Friede in den Schützengräben. Nach Berichten aus verschiedenen Berliner Blättern rief die Nachricht bei den deutschen Truppen in den Süd-Bogesen großen Jubel hervor. Während hinter der Front selbst die kleinsten Ortschaften Flaggenschmuck in den deutschen und in den Farben der Verbündeten anlegten, ließen in den größeren Orten und Städten Musikkapellen ihre Weisen erklingen. Dazu läuteten die Kirchenglocken. Die Sehnsucht nach dem großen allgemeinen Frieden kam in diesen Rundgebungen zum Ausdruck.

Die italienische Enttäuschung.

Rom, 19. Januar. (Mitteilung der Agenzia Stefani) Bei Besprechung der Uebergabe Montenegros sagt das „Giornale d'Italia“: Dieses Ereignis hat eine bedeutende strategische Ueberraschung hervorgerufen, denn die Annahme, daß so etwas geschehen könne, hätte in zu starkem Widerspruch mit den Ueberlieferungen Montenegros gestanden. Das Blatt erinnert daran, daß Montenegro Skutari ohne Widerstand von seinen Oesterreich-Ungarnen in Besitz genommen habe, dessen Kommandant sich nach Montenegro zurückgezogen sei, welches der Mittelpunkt österreichisch-ungarischer Unternehmungen in Albanien geworden sei. Der schnelle Fall des Lomten habe besonders im Zusammenhang mit der Uebernahme der Regierung in Cetinje durch Russen, welche die österreichische Regierung zu Oesterreich-Ungarnen schickte; jedoch könne man annehmen, daß bereits ein Einverständnis zwischen Wien und Cetinje auf der Grundlage bestehe, daß der Lomten an Oesterreich-Ungarn fallen soll. Vielleicht hat Montenegro, daß der Oberverband nach seinem Siege die vollendete Tatsache anerkennen werde, aber man dürfe doch nicht annehmen, daß dieser bei der Sachlage der Preis, für welchen Montenegro ihm im bedauerlichen Augenblicke des Kampfes im Stiche gelassen habe, ihm würde lassen können. „Idea Nazionale“ glaubt gleichfalls an ein Einverständnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Montenegro über den Lomten und Skutari und hebt hervor, daß der Vierverband ein solches hätte verhindern müssen, sogar durch Verstrickung der führenden militärischen und politischen Persönlichkeiten in Montenegro.

Großer Kriegsrat.

London, 19. Januar. Reuter meldet: Ministerpräsident Briand ist gestern hier eingetroffen.

Die „Times“ meldet aus Paris: Die Minister des Allierien kommen heute in London zusammen.

Großer Kriegsrat haben die Gegner schon oft gehalten — große Siege sind noch nie darauf gefolgt.

Rein Ultimatum an Griechenland.

Die letzte Note der Entente an Griechenland ist nicht befristet. Sie fordert aber die Demobilisierung des griechischen Heeres. General Sarraill hat einen Umkreis von 70 Kilometern von Saloniki als militärische Gefahrenzone erklärt. Die Franzosen und Engländer haben bereits 16 Eisenbahnbrücken, mehr als 40 andere Brücken und fast 80 weitere Kunstbauten zerstört.

Vor drei Tagen wurde gemeldet, daß der Vierverband ein Ultimatum an die griechische Regierung gerichtet und die sofortige Abreise des deutschen und des österreichischen Gesandten aus Athen gefordert habe. Diese Meldung ist unrichtig, keiner der unterzeichneten Stellen ist irgend etwas von einem Ultimatum bekannt geworden. Da die telegraphische Verbindung zwischen Athen und Berlin teilweise unterbrochen ist, so müßte man einen so wichtigen Vorgang, wie die Ueberreichung eines Ultimatus, bereits kennen. Ueber die angebliche Landung französischer Truppen liegen gleichfalls keine neuen Meldungen vor, und an der Nachricht dürfte nur das eine zutreffend gewesen sein, daß französische Kreuzer vor Phaleron erschienen sind.

In Athen wird angekündigt, daß das 28. griechische Infanterieregiment wegen der schwierigen Versorgung von der bulgarischen Grenze zurückgezogen werden muß, wo nur ein Bataillon bleibt. Eine Kommission von hohen Beamten des Verkehrsministeriums reist nach Mazedonien, um die Möglichkeit der Versorgung der griechischen Truppen mit Lebensmitteln zu untersuchen, welche sich an Orten befinden, wo die Verbindungen infolge der Zerstörung der Eisenbahnbrücken abgeschnitten sind.

Der König läßt sich also anscheinend nicht zum Kriegstreiben, sondern zieht die teilweise Demobilisation vor.

Der Wortlaut der englischen Wehrpflichtvorlage.

Im folgenden geben wir eine wörtliche Uebersetzung der englischen Wehrpflichtvorlage:

Eine Gesetzesvorlage, um Vorkehrungen zu treffen für den Militärdienst im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Krieg. Durch des Königs Befehl ausgesprochen: Recht ist, durch und mit Beratung und Zustimmung der geistlichen und weltlichen Lords und der Gemeinen im gegenwärtigen Parlament verordnet und durch die Autorität derselben, soll folgendes ausgeführt werden:

Dienstpflicht der Unverheirateten.

1. Jeder männliche britische Untertan, der am 15. August 1915:
 - a) in Großbritannien wohnt und
 - b) das Alter von 18 Jahren erreicht und noch nicht das Alter von 41 Jahren erreicht hatte und
 - c) unverheiratet oder kinderlos Witwer war, soll — wenn er nicht zu den Ausnahmen gehört, die im ersten Anhang zu diesem Gesetz angegeben sind — als einer gelten, der an jenem Datum in der regulären Armee eingetreten ist für den allgemeinen Dienst unter der Fahne oder in der Reserve, und der aber sofort der Reserve zugeteilt worden ist.

2. Das Armeegesetz und das Reservegesetz aus den Jahren von 1882 bis 1907 und sämtliche Verordnungen und Regularisierungen, die kraft dieser Gesetze erlassen wurden, sollen demgemäß Anwendung auf jeden Mann, der als eingezogen und der Reserve zugeteilt gilt. In allen Streitigkeiten, die in einem auf Grund dieses Gesetzes eingeleiteten Gerichtsverfahren darüber entstehen können, ob irgend ein Mann als eingezogen und der Reserve zugeteilt gilt oder nicht, darf der Gerichtshof den betreffenden Mann auffordern, als Zeuge zu erscheinen, und wenn er keinen befriedigenden Beweis für das Gegenteil erbringt, so soll er als einer gelten, der eingezogen und der Reserve zugeteilt worden ist.

3. Die auf Grund dieses Gesetzes der Reserve zugeteilten Männer sollen laut Abschnitt XX des Reservegesetzes vom Jahre 1882 befreit werden, ob sie nicht den Flottendienst vorziehen, wenn ein Bedürfnis hierfür vorliegt.

Beurlaubungsgewinn.

1. Innerhalb der bestimmten Frist darf bei den gemäß dieses Gesetzes erachteten Militärdienstlichen sowohl von den eingezogenen als von den in deren Namen beantragt werden, ihren Beurlaubungsgewinn aus folgenden Gründen auszustellen:

- a) weil es im nationalen Interesse liegt, daß sie anstatt eingezogen zu werden, in ihren Zivilberufen weiter tätig sind;

b) weil sie die materielle Stütze anderer Personen sind, die durch die Einziehung ihren Lebensunterhalt verlieren werden;

c) weil ihr Gesundheitszustand nicht befriedigend ist;

d) weil sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, in den Kampf zu gehen. Die Militärbehörden dürfen, wenn sie es für wichtig befinden, auch Zeugnisse ausstellen.

2. Ebenso hat jedes Regierungs-Departement die Befugnis — nach Einvernehmen mit dem obersten Kriegsrat — Befreiungsgewinne auszustellen für seine Beamten oder für die Angehörigen seiner Bureau's und Personen, deren Arbeit von nationaler Bedeutung ist, und die in den Bereich der betreffenden Regierungs-Departements fallen. Entstehen Streitfragen darüber, ob — in Ansehung auf dieses Gesetz — eine Person oder mehrere Personen als ein Regierungs-Departement zu betrachten sind, so sollen diese Streitigkeiten dem Finanzministerium zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Entscheidung des Finanzministeriums ist endgültig.

3. Die Befreiungsgewinne können sowohl absolut als bedingt und zeitweilig sein, je nachdem die Behörden, die sie ausstellen, es für richtig halten. Personen, die aus Gewissensgründen um Befreiung eintraten, werden nur von den Kampfpflichten, aber nicht von anderen Militärpflichten befreit.

4. Die Militärbehörden können gemäß der Bestimmungen des zweiten Anhangs zu diesem Gesetz erachtet, gegen den Entschluß der Militärbehörden kann — wie in jenem Anhang vorgesehen ist — Berufung eingelegt werden.

Erziehungsausnahmen inbetreff der Befreiungsgewinne.

1. Ein Befreiungsgewinn kann zu jeder Zeit von der Behörde, die es ausstellt, entweder auf Antrag des Zeugnisinhabers oder irgend einer vom obersten Kriegsrat dazu befugten ermächtigten Person, überprüft werden; es kann zurückgezogen oder abgeändert werden, wenn die Behörde der Ansicht ist, daß das Zeugnis — je nach Umständen — zurückgezogen oder abgeändert werden soll.

2. Jeder Besitzer eines solchen Zeugnisses muß es als Pflicht anerkennen, sobald die Umstände, die die Gewährung des Zeugnisses herbeiführten, sich verändert haben, der in dem Zeugnis angeführte Behörde zu melden, daß die Umstände sich verändert haben; die Bekräftigung dieser Bestimmung wird mit einer 1000 Mark nicht übersteigenden Geldstrafe geahndet.

3. Ist ein Mann, der ein Befreiungsgewinn durch Zurückziehung oder wegen Nichterfüllung der Bedingungen, unter welchen das Zeugnis gewährt wurde, oder wegen Mißtrauens der Behörde, die es ausstellt, oder aus sonstiger Ursache der Behörde des Zeugnis ausgestellt wurde, von dem Tage an, an welchem das Zeugnis außer Kraft tritt, als eingezogen und als

den Rekruten zugehört betrachtet werden, ganz so, als ob kein Zeugnis ausgestellt worden wäre.

4. Wenn irgend eine Person, um ein Befreiungsgewinn zu erhalten, falsche Angaben macht oder die Tatsachen falsch darstellt, macht sie sich strafbar und kann zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten — mit oder ohne Zwangsarbeit — verurteilt werden.

5. In Fällen, wo ein Gesuch um ein Befreiungsgewinn von einem Mann oder in Bezug auf einen Mann eingereicht wurde, wird dieser Mann nicht einberufen werden, bis das Gesuch endgültig erledigt ist.

Kurzer Titel und Inkraftsetzung.

IV. Dieses Gesetz kann als das Wehrpflichtgesetz 1916 (Military Service Act, 1916) bezeichnet werden und soll an dem von Sr. Majestät durch Proklamation angezeigten Tage, nicht länger als 14 Tage nach der Annahme des Gesetzes, in Kraft treten.

Anhang.

Ausnahmen.

1. Männer, die sich nur zu Ausbildungszwecken oder anderen besonderen Zwecken in Großbritannien aufhalten;
2. Männer, die den regulären oder Reservetruppen Seiner Majestät oder der Territorialarmee angehören und Auslandsdienst zu gewöhnlichen haben;
3. Männer, die in der königlichen Flotte und Marine dienen oder die, trotzdem sie nicht in der Flotte oder Marine dienen, vom Marineministerium zur Ausübung bürgerlicher Ämter;
4. Männer, die am Tage des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes im Kirchendienst stehen oder angestellte Geistliche irgend welcher religiösen Gemeinschaft sind;
5. Männer, die im Besitz eines dem geltenden Gesetz entsprechenden Befreiungsgewinnes sind, oder die sich in die Reservierungslisten eintragen lassen und seit dem 14. August 1915 zurückgewiesen wurden.

Verurteilung.

1. Jede Person, die durch die Einziehung eines Militärdiensthofes nicht befreit ist, oder jede Person, die im allgemeinen oder im besonderen vom obersten Kriegsrat ermächtigt ist, Verfügung gegen die Einziehung des Militärdiensthofes einzulegen, kann Verfügung gegen den Entschluß des Militärdiensthofes beim Berufungshof des Gebietes einlegen.
2. Jede vom Entschluß des Berufungshofes nicht befreitete Person und jede Person, die im allgemeinen und besonders vom obersten Kriegsrat ermächtigt ist, Verfügung gegen den Entschluß dieses Berufungshofes einzulegen, kann sich nach erfolgtem Urteil des Berufungshofes an den Obersten Gerichtshof wenden.

Wien, 19. Januar. (Amtlich.)

Russischer Kriegshauptplatz.

Der gestrige Tag verlief ruhig. Heute in den frühesten Morgenstunden entbrannte an der Grenze östlich von Czernowitz...

Stalicenscher Kriegshauptplatz.

Angriffe schwächerer feindlicher Abteilungen bei Injurn und südlich des Tolmeiner Brückenkopfes wurden abgewiesen.

Südbaltischer Kriegshauptplatz.

Bei der Besetzung von Vityazar erbeuteten unsere Truppen, wie nachträglich gemeldet wird, 20 Stabkanonen...

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 19. Januar 1916. (Amtlich.)

Westlicher Kriegshauptplatz.

An der West-Front blieb eine kleine deutsche Abteilung in den feindlichen Gräben vor und erbeutete ein Maschinengewehr.

Schärfste heiderseitige Sprengtätigkeit auf der Front westlich von Lille bis südlich der Somme.

Nachts warfen feindliche Flieger Bomben auf Metz. Bisher ist nur Sachschaden gemeldet.

Ostlicher Kriegshauptplatz.

An der Front nichts Neues. Deutsche Flugzeuggeschwader griffen feindliche Magazinorte und den Flughafen Sarnopol an.

Balkan-Kriegshauptplatz.

Die Lage ist unverändert. Oberste Heeresleitung.

Die verlorene Schlacht.

Stolz, 18. Januar. Die Russen geloben nun nicht nur, daß die Offensive an der bulgarischen Front ergebnislos geblieben, bezw. gescheitert ist...

Der Hauptort von Tarnopol erhielt einen Sturm an alle Klassen um Unterstützung der Tarnopolser Bevölkerung...

Kaiser Wilhelm II. in Neu-Bulgarien.

18. Januar. (S. F. A.) Ständig um 12 Uhr mittags haben in dem feierlich geschmückten Hofpalast...

Adjutanten von Wessien, von Vorder und von Gueline, Admiral von Müller und Oberstmarshall von Reichard...

Wien, 19. Januar. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Die Zustimmung von Wien ist eine Bestätigung der Befreiung...

Rumänien und England.

Sofia, 19. Januar. Der Vertreter der Telegraphen-Union erklärt, daß die rumänische Regierung von England Unterstützung verlangte...

Sofia, 19. Januar. Der „Internationale Steuergesetz“ meldet: Englands Ankauf von 80000 Hektar Getreide...

Der „Wallender Anwalt“ macht hierzu folgende Bemerkungen: Hier haben wir in der Tat einen wahren Meisterreich...

Der russische Bericht.

Sofia, 19. Januar. Russischer Kriegbericht vom 19. Januar. Westfront: Keine Veränderung. Kaukasus-Front: Im Laufe des Kampfes am 16. Januar...

Französische Berichte.

Sofia, 19. Januar. Russischer Bericht vom Dienstag nachmittag: Im Laufe der Nacht aussehender Geschützkampf...

Sofia, 19. Januar. Russischer Bericht von gestern abend: Südliche Front und die in der Gegend von Krasnodar...

Der englische Bericht.

Sofia, 19. Januar. Bericht aus dem russischen Hauptquartier: Die russische Armee hat eine neue Offensive...

Der italienische Bericht.

Sofia, 19. Januar. Auf der ganzen Front vom Südrhein bis zum Nordrhein der feindlichen Artillerie in der Nacht...

Waffen. Trotz des feindlichen Widerstandes, der durch beständige Artilleriefeuer unterhalten wurde...

Griechenlands bedrängte Neutralität.

Athen, 18. Januar. Im Laufe einer Unterredung mit Reuters Vertreter drückte Philadhis seine Überraschung über die Zweifel aus...

Der Papst und der Friede.

Rom, 20. Januar. Im roten Tag schreibt Julius Bachem über die bedrohlichere Gestaltung der Lage des Papstes...

Wer schoß auf die „Persia“?

Rotterdam, 19. Januar. Aus Washington wird berichtet: Der Berliner amerikanische Botschafter Gerard meldet...

Der Kampf auf den Meeren.

London, 19. Januar. Das britische Kriegsschiff „Cerberus“ wurde versenkt. Die Besatzung ist gerettet.

Japan über China.

Yokohama, 19. Januar. „Nishinichi“ gibt Berichte der asiatischen Zeitungen wieder, nach denen Japan die früher an China gestellten...

Die 433. amtliche Verlustliste.

enthält u. a. folgende Truppenteile vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-, Infanterie- und Jäger-Regimenter...

Ein Don Juan von der Wasserfront.

Von H. H. Jacobs.

Unter diesen jenseitigen Reden stand auch die Rede von der Wasserfront, und diese war die interessanteste...

Das Wasser ist ein mächtiges Element, und die Wasserfront ist ein mächtiges Element...

Das Wasser ist ein mächtiges Element, und die Wasserfront ist ein mächtiges Element...

Die Zeitungs-Zensur.

Man schreibt uns aus Berlin:

Der Reichstag zeigte am Dienstag das seltene Bild sachlicher Einmütigkeit in den wichtigsten Fragen seiner eigenen Aufgaben und der Zustände in der inneren Politik des Reiches. Die erste Frage schnitt unser Genosse Scheibemann an, als er sich mit Recht darüber beklagte, daß der Reichstag bis zum 15. März vertagt werde, und daß dadurch kaum 14 Tage für eine Beratung des Etats übrig blieben, die zu einer ausreichenden Besprechung unmöglich genügen könnten. Das ganze Haus stimmte ihm in dieser Auffassung zu und auch der Reichssekretär konnte keinerlei Entschuldigung für die lange Vertagung des Reichstages anführen. Er begnügte sich damit, ein Vorleser in Aussicht zu stellen, wenn der Reichstag die Staatsberatungen über den 1. April hinaus werden ausdehnen müssen.

Die zweite Frage, in der das Haus von einer seitens Einmütigkeit befehl war, betraf die Verhältnisse der Zensur, des Belagerungszustandes und damit das Verhältnis der Militärbehörden zur Zivilverwaltung. Von Herrn Dertel angefangen bis zu unserem Genossen Dittmann ließ keiner der Redner irgend einen Zweifel darüber, wie unerträglich die Zustände auf diesem Gebiete in Deutschland geworden sind. Die Beispiele, die unser Genosse Dittmann an und später unser Genosse Heine anführten, waren ebensosehr, wie die Beispiele, die die Abgg. Stresemann, Fischbeck und Dertel brachten, Beweise für diese offensichtliche Tatsache. Am auspeitschendsten wirkte der Fall, der unsern Parteiblatt in Halle am Tage vorher passiert war, daß ihm aus dem Bericht des Reichstags durch die Zensur mehrere Stellen gestrichen waren. Das ging selbst über das Maß hinaus, das bisher als ärgste Beschränkung der öffentlichen Meinung empfunden worden war und es hielten bei der Kritik dieser Maßnahmen harte Worte im Reichstage, wie sie selten gegenüber der Regierung und der Militärbehörde zu verzeichnen waren.

Aber das Haus war sich nicht bloß in der Kritik einzelner Fälle der Zensur vollkommen einig, sondern auch in der allgemeinen grundsätzlichen Auffassung, daß abgesehen von der militärischen Zensur jeder weitere Eingriff nicht nur eine Last, sondern auch einen großen Schaden für alles das bedeutet, was selbst die Regierung und die militärischen Behörden in diesen Zeiten an Einmütigkeit und Stärke erhalten wissen wollten. Genosse Heine nahm sich über die Zensur hinaus besonders der Zustände im Vereins- und Versammlungsbereich unter dem Belagerungszustand an. Er führte den zwingenden Beweis, wie in einzelnen Korpsbezirken die Versammlungsfreiheit in jeder Form aufgehoben sei, wie besonders die Arbeiter von neuem hinsichtlich des Vereins- und Versammlungsrechtes geradezu zu Bürgern zweiter Klasse herabgedrückt würden und wie das ein Maß der Erbitterung und des Unwillens hervorrufe, das eine schwere nationale Gefahr bedeute.

Auf die besondere Kritik, die er dem Verhalten einzelner Behörden gegenüber den Gewerkschaften widmete, stellte für die Zukunft der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern, Herr Sewald, insofern gründliche Besserung in Aussicht, als er eine offizielle Erklärung der Regierung abgab, daß sie eine Novelle zum Vereinsgesetz einbringen werde, in der die Gewerkschaften ausdrücklich als unpolitische Vereine im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkannt werden sollen. Damit wird endlich ein Zustand beendet, der seit Jahren die Gewerkschaften bedrückt und der niemals im Sinne der Gesetzgeber gelegen hat.

Aus der übrigen Debatte bleibt noch bemerkenswert die Schärfe, mit der sich nicht nur der Abg. Fischbeck von der fortschrittlichen Volkspartei, sondern auch der national-liberale Redner Stresemann gegen den Erlaß des Herrn v. Roebell zur Informierung und Beeinflussung der Kreisblätter und der kleinen Presse in Preußen wandte. Die politische Zwangsjacke, die Herr v. Roebell der preussischen Presse anzulegen gedenkt, hat es erfreulicherweise dahin gebracht, daß selbst die national-liberale Partei so etwas wie Mannesstolz vor Königsthronen aufbringt und mit einer Energie gegen den alten preussischen Volksegeist kämpft, von der man nur wünschen kann, daß sie sie auch bei anderen Gelegenheiten anwendet. Die Entgleisung des Herrn Stresemann in der Erörterung der Kriegsziele störte im großen und ganzen die Einmütigkeit des Hauses nicht, zumal Herr Stresemann sich nachher gleichsam dafür entschuldigte.

So hat das Haus in der Abwehr der Zensur, in der Abwehr der preussischen Beeinflussung der Presse, in der Kritik der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes und in allen gestern angeführten Fragen der inneren deutschen Politik, wie wir wiederholen, das seltene Bild einer besonderen Einmütigkeit und Schärfe der Kritik bis über die Reihen der sozialdemokratischen Minorität. Man wird abwarten müssen, wie weit diese Schärfe der Kritik und dieser einmütigen Wille des Reichstages Einfluß auf die Militärbehörden und schließlich auf den Reichskanzler besitzt, seinen Willen durchzudrücken.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 18. Januar. (Fortsetzung der Zensurdebatte.)

Abg. Heine (Soz.):

In der Beurteilung gewisser Erscheinungen des Belagerungszustandes sind wir ebenso einig wie bei der Beurteilung der Räder des Scharzes. Die Ausübung des Belagerungszustandes, das auf das ganze Reich ist ein Mißbrauch des Gesetzes, und wenn es in kriegerischen Zeiten auch mehr auf die Notwendigkeiten als auf die formellen Zuständigkeiten ankommen mag, so müssen solche Maßnahmen doch auf das Notwendigste beschränkt werden. Aus der Fülle der Einzelheiten will ich besonders folgende nicht aufzählen, denn es handelt sich um ein System, das notwendig die verfassungsmäßigen Rechte verletzt. Von einem Tag zum andern ist die Befugnis einer Behörde unterstellt, die eine Vorbildung dazu nicht hat. Der Belagerungszustand ist zunächst dem Kaiser selbst vorbehalten und wenn dieser nicht daran, Vereins-, Versammlungs- und Versammlungsfreiheit

aufzuheben. Es fragt sich, ob die Generalkommandos überhaupt befugt waren, solche empfindlichen Verordnungen zu erlassen. Viel Verdacht für die Würde des Kaisers und die Bedenklichkeit eines solchen Schrittes zeigen die Generalkommandos nicht, wenn sie so in den Reihen des Volkes herumspazieren. Die Zensur gleicht dem Riesen im Gortischen Märchen, der ein ganz guter Kerl ist, aber mit seinem Schwarten überall Unheil anrichtet. Der gute Wille der Herren Generale entschuldigt gar nichts.

guter Wille gepaart mit Unfähigkeit

hat noch immer Unheil in die Welt gebracht. In Berlin hat man die Zensur einem Ober der politischen Polizei übertragen, der bei der Uebertragung der politischen Umtriebe schon seine Unfähigkeit erwiesen hatte. Die Zensurierung der Parla-mentsberichte ist, abgesehen von ihrer Verfassungswidrigkeit, eine Dreistigkeit und gleichzeitig eine Dummheit. Ganz widersinnig ist die Unterstellung in militärischer Schutzhaft, wobei den Lesern oftmals nicht einmal mitgeteilt wird, weshalb die Maßregel verhängt ist. Ebenso widersinnig ist die Unterbringung von „Engländern“ in Kustleben. Zum Teil trifft die Zensur, die schon seit dreißig Jahren ihre Naturveränderung durchläuft, aber nicht erreicht haben, weil sie Juden sind. (Hört, hört!) Im Elbing hat man dem sozialdemokratischen Verein sogar verboten.

Mitgliederbeiträge zu kassieren.

Wie paßt ein derartiges System zu dem Kaiserthron, daß keine Parteien, sondern nur noch Parteien existieren. Die Zensur ist für uns übertragbar, die im Frieden ihre Achtung vor der Presse durch Korrekturen, wie Pöbeln, Jodendieb, Götterfalle, behauptet haben. Es sind freilich nicht die Herren, die draußen ihr Leben einlegen und sich mit dem Volk eins fühlen, sondern alle und zum Teil auch junge Herren, die den Regen nicht fürchten können. Die Erhebung des Bürgerrechts ist überaus wichtig. Der keine persönlichen Liebskosen und politischen Parteinutzen über die Stürze des Vaterlandes stellt, wer bei allem, was er tut und schreibt, nicht an die Wirkung auf das Ausland denkt, von dem rade ich ab, gegen den sind mir auch scharfe Vorwürfe zu machen. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Inwieweit, hört, hört, wer nicht mit uns einig ist in der Verteidigung. — (Erregte Zurufe von Rechts.) — Aufschäumen Sie sich!

Präsident Kaempf mit den Abg. Diebitsch zur Ordnung. Abg. Heine (fortsetzend): Die Einseitigkeit noch immer und haben nach auszuhalten werden, das ergibt man aber nicht durch behördlichen Druck, sondern nur durch Vertrauen und Vertrauen entsteht nur durch Freiheit. Wenn unsere politischen Meinungsverschiedenheiten offen diskutiert werden und wir doch einig sind in dem Willen zur Verteidigung des Vaterlandes, so mag das auf das Ausland mehr, als der von oben diktierte Bürgerkrieg. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) — Die Debatte über die Kriegsziele sollte freigegeben werden. Die Sozialdemokraten haben wiederholt ihren Standpunkt dargelegt, der alle Annexionen ablehnt. Wir können Deutschland nicht auch noch im Frieden mit der

Laß innerer nationaler Streitigkeiten

besämen. Die innere Kraft und Gesundheit eines Volkes beruht nicht auf der Ausdehnung seiner Grenzen. Das Volk muß des Bewußtsein haben, den Krieg zu führen für sich selbst, wer dem Krieg den Charakter des Verteidigungskrieges nimmt, beginnt mit der inneren Zersplitterung. Solchen Plänen kann man nur in der öffentlichen Diskussion wirksam entgegenstellen. Wahre Stärke zeigt sich nur in der Freiheit. Entschließen Sie sich, dem Volk die politische Freiheit wiederzugeben, heben Sie den Belagerungszustand auf, um so einmütiger wird das Volk den Krieg zum guten Ende führen. (Lebhaftes Beifall bei den Soz.)

Ministerialdirektor Sewald

Gemüht sich zunächst nachzuweisen, daß die Verhängung und Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes durchaus der geschichtlichen Lage entspricht. — Daß bei der Zensur Fehler, Mängel und Irrtümer vorkommen, ist bei den vielfach beschleunigten sozialen Verhältnissen und der regen politischen Bewegung ganz unabweislich. Damit kann aber nicht die Forderung der Abschaffung der Zensur begründet, denn die Zensur ist eine notwendige Kriegsmaßnahme. Will man mit irgend einer Maßregel schnell umgehen, so bleibt gar nichts anderes übrig, als die Belagerungszustände der kommandierenden Generale in Anspruch zu nehmen. Daß alle einschneidenden Maßnahmen mit Freisinnigkeit außer Kraft treten, wie die Kommission wünscht, ist auch die Meinung des Reichskanzlers. Das Verbot von Zeitungen ist nur in verschwindend wenigen Fällen auszusprechen worden und hat alle Parteien getroffen. Eine kann sich beschweren, daß ihr etwa noch nicht ein Blatt verboten worden ist. (Beifall.) Daß die Zustimmung des Reichskanzlers zu einem Zeitungsverbot soll eingeholt werden müssen, ist unaussprechlich. Der Reichskanzler ist verantwortlich, das Wesen des Belagerungszustandes ist die Verantwortlichkeit bei solchen Maßnahmen auszusprechen. Eine sachliche Kritik soll nicht beabsichtigt werden. Wenn dem Volkstakt in Halle aus der Rede des Abg. Simon Stellen gezogen worden sind,

so hat der Zensur unter eigener Verantwortung gehandelt,

eine Anordnung der Regierung ist nicht ergangen. Das Verhalten des Zensurs gegenüber dem bürgerlichen Staat ist nicht vereinbar mit seinen Pflichten. Wir müssen uns aber das Recht vorbehalten, Zeitungen, die nur die Kriegsnachrichten der Feinde bringen, zu zwingen, erst einmal unsere Kriegsnachrichten zu bringen. (Zustimmung.) Wenn in Elbing dem sozialdemokratischen Vorposten das Einlassverbot von Beiträgen untersagt worden ist, so kann ich nur sagen, ich würde das für unzulässig halten und wie werden uns mit den zuständigen Stellen in Verbindung setzen. Die Gründe, wegen denen die Erhebung der Kriegsziele noch nicht freigegeben werden kann, sind in der Kommission bereits mitgeteilt worden. Der Antrag Abg. Hoffmann auf Vorlage eines Gesetzentwurfs, durch den auch während des Krieges die unethischen Eigenschaften hinsichtlich der Eingriffe der Militärverwaltung in das bürgerliche Leben geschaffen werden, beabsichtigt ein

Schweres Mißtrauen gegen die militärischen Befehlshaber.

Ich würde empfehlen, ihn zunächst dem Kaiserthron zu übermitteln. Bezüglich der Gewerkschaften muß zugegeben werden, daß sie in einzelnen Fällen noch immer von den Behörden und der Bevölkerung als politische Vereine angesehen worden sind. Eine Abänderung wird sich nur durch Geistesbeherrschung lassen und eine entsprechende Vorlage wird dem Hause alsbald zugehen. (Beifall.) Die Rechte des Reichskanzlers, die in der preussischen Thronrede auch einmal zum Ausdruck gekommen sind, bilden selbstverständlich die Richtschnur für die Arbeit der Regierung. Wir betonen die Zensur nur als ein notwendiges Übel, das der Krieg mit sich bringt, gleichmäßig als die Protokolle der öffentlichen Meinung. (Große Zustimmung.) Die Regierung wird froh sein, wenn sie die Zensur nach allen anderen Beschränkungen befristet zu kann. (Beifall.)

Abg. Diebitsch (Poliz.): Unter Hinweis auf die Thronrede muß betont werden, daß das nur zu sagen und zu

auslösen, worüber wir alle einig sind. Der Belagerungszustand hat seine innere Begrenzung in den Erdbestimmungen des öffentlichen Lebens. Die von uns gewünschte Befreiung hätte auch nach dem Frieden erfolgen können. Es liegt aber kein Grund vor, in diesem Punkt anders zu verfahren, wie bei dem eben angeführten Gesetzentwurf über die Gewerkschaften. (Beifall.) Der Inhalt der Schlussanträge und die Schlussdebatten, die mir gestern mitgeteilt haben.

Herrenhaus.

3. Sitzung. Dienstag, 18. Januar, 2 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Präsident Graf v. Arnim eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung vom Frieden mit Montenegro.

Es folgt die Verordnung über weitere Verlängerung der Verordnung für ein vereinfachtes Entleidungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsanfängerinnen.

Vertretter Graf v. d. Schulenburg ersucht die Regierung, daß während des Krieges Gefangene und nach dem Krieg die zurückkehrenden Arbeiter erst dann zu Normalarbeiten verwendet werden sollten, wenn Industrie und Landwirtschaft ausreichend mit Arbeitern versorgt sind.

Minister v. Breitenbach hat das zu.

Die Verordnung wird angenommen, ebenso eine Verordnung auf Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer. Die Verordnung bestimmt, daß die verminderte Steuerleistung der Kriegsteilnehmer keinen Einfluß auf das kommunale Wahlrecht ausübt.

Es folgt die Beratung des Fischereigesetzes.

Um's Wahlrecht.

Freiherr v. Rittschhausen-Damsdorf gibt im Namen der konservativen Fraktion folgende Erklärung ab: Wiederholt hat die Regierung darauf hingewiesen lassen, daß die Eintracht der Parteien während des Krieges gewahrt werden müsse, und daß sie es für ihre Pflicht halte, diese Eintracht zu fördern. Diese Stellungnahme hat dazu geführt, daß von den Gesetzentwürfen der letzten Landtagsession nur das Fischereigesetz wieder eingebracht worden ist, während das von Herrenhaus angenommene Fideikommissgesetz bereits in der letzten Session aus der Kommission nicht mehr in das Plenum des Abgeordnetenhauses gelangte, weil seine Beratungen den Bürgerfrieden zu stören geeignet sein könnten. Die Regierung hat jetzt diesen Standpunkt verlassen. Ihre letzte Kundgebung ist, ohne daß sie widerprochen hat, von allen Parteien des anderen Hauses dahin verstanden worden, daß in Anbetracht der die in der Thronrede von 1903 gemachte Verheißung ein Gesetzentwurf auf Abänderung des Wahlrechts zum Punkte der Abgeordneten unmittelbar nach dem Kriege zu erwarten sei. Dadurch hat die Regierung ohne Zweck und Notwendigkeit zu unserem Bedauern eine Verhandlung über grundlegende Fragen unserer inneren Politik in den Kreis der Erörterungen gestellt. Die Meinungsverschiedenheit über die Notwendigkeit und Art eines derartigen Eingriffs in die Grundlagen des preussischen Verfassungslebens lassen keinen Vergleich zu mit den Meinungsverschiedenheiten über den vorerwähnten Entwurf eines Fideikommissgesetzes. Die konservative Partei dieses Hauses hat es daher für ihre Pflicht, ihrer einheitlichen Ansicht Ausdruck zu geben, daß der gegenwärtige Augenblick nicht wohl gewählt war für eine Kundgebung der Regierung, die das Wahlrecht zu den gleichgebenden Körperchaften betrifft. Jedes sachliche Eingehen auf die Frage werden wir uns zurzeit enthalten. Wir wollen, wie bisher, weiterarbeiten in dem festen Voratz, jegliche Sonderbestimmungen unterzuordnen der Erreichung eines glücklichen, alle berechtigten Forderungen unserer Nation erfüllenden Friedens. Wir beantragen die Ueberweisung des Fischereigesetzes an eine Kommission. (Beifall.)

Fürst Hatzfeldt:

Die Neue Fraktion bedauert, daß in überreicher Weise das Fischereigesetz zu einem Angriff gegen die in der Thronrede angekündigte Wahlreform benutzt worden ist. Wir halten uns für verpflichtet, schon jetzt mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß wir unsere Mitarbeit an einer zeitgemäßen Umgestaltung des preussischen Wahlrechts nicht versagen werden. (Beifall.)

Präsident Graf Arnim: Wird das Wort zum Fischereigesetz noch gewünscht? (Beifall.) — Das Gesetz geht an eine Kommission. Nächste Sitzung unbestimmt.

Politische Uebersicht.

Verbesserung des Reichsvereinsgesetzes.

Zu der gestern vom Ministerialdirektor Sewald im Reichsamt abgegebenen Erklärung, daß eine gesetzliche Forderung erfolgen solle, wonach die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine zu betrachten sind, erheben wir noch:

Diese Zusicherung ist bereits vor einigen Wochen gegeben worden, sie geht aber als streng vertraulich. Das Reichsvereinsgesetz wird damit abgeändert, daß die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine erklärt werden können. Die Absicht, die Vorlage schon in der jetzt veröffentlichen Sitzung des Reichstages zur Verabredung zu bringen, ist lediglich dahingehend verbunden worden, daß der Ministerialdirektor Sewald erkrankt war, weshalb die Vorlage nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden konnte. Sie wird dem Reichstag im März zugehen; die Regierung hat aber daran die Verbindung geknüpft, daß notwendige Beschlüsse nicht gefast werden.

Stiller Tag im Abgeordnetenhause. Das Abgeordnetenhause hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, um sich dann bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die zahlreichen, die Tagesordnung ausfüllenden Kriegsverordnungen wurden debattelos verabschiedet. Lediglich die Vorlage, die 100 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um die Umsiedelung von Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmern auf Rentengütern zu erleichtern, gab zu einer kurzen Aussprache Veranlassung, in der die Redner der Rechten es sich wieder einmal nicht vernehmen konnten, die besondern Verdienste herauszuflechten, die sich der Großgrundbesitzer um die Sicherung unserer Volksernährung erworben habe. Von Rednern der Linken wurde dieses mindestens übertriebene Lob als übertrieben zurückgewiesen. Im übrigen kam der Voranbesatz der Vorlage im Hause symbolische Aufnahme. Sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Stiller Tag im Abgeordnetenhause. Das Abgeordnetenhause hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, um sich dann bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die zahlreichen, die Tagesordnung ausfüllenden Kriegsverordnungen wurden debattelos verabschiedet. Lediglich die Vorlage, die 100 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um die Umsiedelung von Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmern auf Rentengütern zu erleichtern, gab zu einer kurzen Aussprache Veranlassung, in der die Redner der Rechten es sich wieder einmal nicht vernehmen konnten, die besondern Verdienste herauszuflechten, die sich der Großgrundbesitzer um die Sicherung unserer Volksernährung erworben habe. Von Rednern der Linken wurde dieses mindestens übertriebene Lob als übertrieben zurückgewiesen. Im übrigen kam der Voranbesatz der Vorlage im Hause symbolische Aufnahme. Sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Stiller Tag im Abgeordnetenhause. Das Abgeordnetenhause hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, um sich dann bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die zahlreichen, die Tagesordnung ausfüllenden Kriegsverordnungen wurden debattelos verabschiedet. Lediglich die Vorlage, die 100 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um die Umsiedelung von Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmern auf Rentengütern zu erleichtern, gab zu einer kurzen Aussprache Veranlassung, in der die Redner der Rechten es sich wieder einmal nicht vernehmen konnten, die besondern Verdienste herauszuflechten, die sich der Großgrundbesitzer um die Sicherung unserer Volksernährung erworben habe. Von Rednern der Linken wurde dieses mindestens übertriebene Lob als übertrieben zurückgewiesen. Im übrigen kam der Voranbesatz der Vorlage im Hause symbolische Aufnahme. Sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Stiller Tag im Abgeordnetenhause. Das Abgeordnetenhause hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, um sich dann bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die zahlreichen, die Tagesordnung ausfüllenden Kriegsverordnungen wurden debattelos verabschiedet. Lediglich die Vorlage, die 100 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um die Umsiedelung von Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmern auf Rentengütern zu erleichtern, gab zu einer kurzen Aussprache Veranlassung, in der die Redner der Rechten es sich wieder einmal nicht vernehmen konnten, die besondern Verdienste herauszuflechten, die sich der Großgrundbesitzer um die Sicherung unserer Volksernährung erworben habe. Von Rednern der Linken wurde dieses mindestens übertriebene Lob als übertrieben zurückgewiesen. Im übrigen kam der Voranbesatz der Vorlage im Hause symbolische Aufnahme. Sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Stiller Tag im Abgeordnetenhause. Das Abgeordnetenhause hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, um sich dann bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die zahlreichen, die Tagesordnung ausfüllenden Kriegsverordnungen wurden debattelos verabschiedet. Lediglich die Vorlage, die 100 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um die Umsiedelung von Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmern auf Rentengütern zu erleichtern, gab zu einer kurzen Aussprache Veranlassung, in der die Redner der Rechten es sich wieder einmal nicht vernehmen konnten, die besondern Verdienste herauszuflechten, die sich der Großgrundbesitzer um die Sicherung unserer Volksernährung erworben habe. Von Rednern der Linken wurde dieses mindestens übertriebene Lob als übertrieben zurückgewiesen. Im übrigen kam der Voranbesatz der Vorlage im Hause symbolische Aufnahme. Sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Stiller Tag im Abgeordnetenhause. Das Abgeordnetenhause hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, um sich dann bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die zahlreichen, die Tagesordnung ausfüllenden Kriegsverordnungen wurden debattelos verabschiedet. Lediglich die Vorlage, die 100 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um die Umsiedelung von Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmern auf Rentengütern zu erleichtern, gab zu einer kurzen Aussprache Veranlassung, in der die Redner der Rechten es sich wieder einmal nicht vernehmen konnten, die besondern Verdienste herauszuflechten, die sich der Großgrundbesitzer um die Sicherung unserer Volksernährung erworben habe. Von Rednern der Linken wurde dieses mindestens übertriebene Lob als übertrieben zurückgewiesen. Im übrigen kam der Voranbesatz der Vorlage im Hause symbolische Aufnahme. Sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Stiller Tag im Abgeordnetenhause. Das Abgeordnetenhause hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, um sich dann bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die zahlreichen, die Tagesordnung ausfüllenden Kriegsverordnungen wurden debattelos verabschiedet. Lediglich die Vorlage, die 100 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um die Umsiedelung von Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmern auf Rentengütern zu erleichtern, gab zu einer kurzen Aussprache Veranlassung, in der die Redner der Rechten es sich wieder einmal nicht vernehmen konnten, die besondern Verdienste herauszuflechten, die sich der Großgrundbesitzer um die Sicherung unserer Volksernährung erworben habe. Von Rednern der Linken wurde dieses mindestens übertriebene Lob als übertrieben zurückgewiesen. Im übrigen kam der Voranbesatz der Vorlage im Hause symbolische Aufnahme. Sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Stiller Tag im Abgeordnetenhause. Das Abgeordnetenhause hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, um sich dann bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die zahlreichen, die Tagesordnung ausfüllenden Kriegsverordnungen wurden debattelos verabschiedet. Lediglich die Vorlage, die 100 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um die Umsiedelung von Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmern auf Rentengütern zu erleichtern, gab zu einer kurzen Aussprache Veranlassung, in der die Redner der Rechten es sich wieder einmal nicht vernehmen konnten, die besondern Verdienste herauszuflechten, die sich der Großgrundbesitzer um die Sicherung unserer Volksernährung erworben habe. Von Rednern der Linken wurde dieses mindestens übertriebene Lob als übertrieben zurückgewiesen. Im übrigen kam der Voranbesatz der Vorlage im Hause symbolische Aufnahme. Sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Stiller Tag im Abgeordnetenhause. Das Abgeordnetenhause hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, um sich dann bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die zahlreichen, die Tagesordnung ausfüllenden Kriegsverordnungen wurden debattelos verabschiedet. Lediglich die Vorlage, die 100 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um die Umsiedelung von Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmern auf Rentengütern zu erleichtern, gab zu einer kurzen Aussprache Veranlassung, in der die Redner der Rechten es sich wieder einmal nicht vernehmen konnten, die besondern Verdienste herauszuflechten, die sich der Großgrundbesitzer um die Sicherung unserer Volksernährung erworben habe. Von Rednern der Linken wurde dieses mindestens übertriebene Lob als übertrieben zurückgewiesen. Im übrigen kam der Voranbesatz der Vorlage im Hause symbolische Aufnahme. Sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Stiller Tag im Abgeordnetenhause. Das Abgeordnetenhause hielt am Dienstag nur eine kurze Sitzung ab, um sich dann bis auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die zahlreichen, die Tagesordnung ausfüllenden Kriegsverordnungen wurden debattelos verabschiedet. Lediglich die Vorlage, die 100 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um die Umsiedelung von Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmern auf Rentengütern zu erleichtern, gab zu einer kurzen Aussprache Veranlassung, in der die Redner der Rechten es sich wieder einmal nicht vernehmen konnten, die besondern Verdienste herauszuflechten, die sich der Großgrundbesitzer um die Sicherung unserer Volksernährung erworben habe. Von Rednern der Linken wurde dieses mindestens übertriebene Lob als übertrieben zurückgewiesen. Im übrigen kam der Voranbesatz der Vorlage im Hause symbolische Aufnahme. Sie wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Alkoholfreie Getränke.

Bilz-Sinaloo

W. Brandt & Co. ...

Thomas Brause

Dresden ...

Altwaren

Motfeld ...

Bäckereien und Konditoreien

Freith ...

Badeanstalten

Reichsbad ...

Berufsbildung, Wäsche

Mandel ...

Petten- u. Bettfedern-Religiana

Eiling ...

Bier-Verkauf

Blauer Adler ...

Genossenschaft-Strawerei

Brauerei Sacrau ...

Brauerei „Zum Nussbaum“

Hopf & Götcke ...

Bügel- und Reparatur-Anstalt

Stin ...

Bürsten-Fabriken

Wiedner ...

Café

Wagner ...

Drogen und Farben

St. Joh. ...

Eisen- u. Stahlwaren

Wagner ...

Eisenwaren- u. Werkzeughandl.

Wagner ...

Fahrräder und Nebenmaschinen

Wagner ...

Färberei u. Wäscherei

Wagner ...

Fischereien u. Wurstfabriken

Wagner ...

Frisier- u. Kosmetik

Wagner ...

Frieden- u. Friedensvereine

Wagner ...

Frieden- u. Friedensvereine

Wagner ...

Frieden- u. Friedensvereine

Wagner ...

Frieden- u. Friedensvereine

Wagner ...

Erst erscheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern der ...

Adolf ...

Kimmel, Friedr.

Salom ...

Lindner, Fritz

Lorenz ...

Färberei u. Wäscherei

Reich ...

Reich, W.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Reich, M.

Reich ...

Sparkasse der Gewerkschaftshaus-Baugesellschaft m. b. H. Bisherige Einzahlung auf Sparbücher: über 1 Million Mark.

Kinematographen

Eden-Theater ...

Kolonialwaren

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Korsetts

Eden-Theater ...

Wäsche, Trikotagen ... Hauschner, Fr. ...

Sargmagazine

Wagner ...

Schirme, Stöcke

Wagner ...

Seifengeschäfte

Wagner ...

Tinten

Wagner ...

Schankwirtschaften

Wagner ...

Schuhmacher

Wagner ...

Schuhmacher

Wagner ...

Schuhmacher

Wagner ...

Schuhmacher

Wagner ...

Schuhmacher

Wagner ...

Schuhmacher

Wagner ...

Schuhmacher

Wagner ...

Schuhmacher

Wagner ...

Schuhmacher

Wagner ...

Leser der Volkswacht! Beachtet die Inserenten dieses Bezugsquellen-Verzeichnisses!

Kassette und Schokolade

Wagner ...

Kassette und Schokolade

Wagner ...

Kassette und Schokolade

Wagner ...

Kassette und Schokolade

Wagner ...

Kassette und Schokolade

Wagner ...

Kassette und Schokolade

Wagner ...

Kassette und Schokolade

Wagner ...

Kassette und Schokolade

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Eine gute Reklame für jede Firma ist ein Inserat in diesem Bezugsquellen-Verzeichnis!

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Wagner

Wagner ...

Englands Vorwärtz stößt auf Amerikas Widerpruch.

London, 19. Januar. Das deutsche Bureau meldet: Die „Times“ leiten aus Washington, daß die „Associated Press“ einen Bericht verbreitet, nach dem England beabsichtige, Kolonien und andere Saisun als deutsche Eingangswaren zu betrachten. Sie wären daher Laster der Modade zu unterwerfen. Die „Times“ bemerkt hierzu: man könne zweifeln, ob die Nachricht aus besser Quelle stamme, aber wenn sie sich als richtig erweisen würde, würde England einen ernsthaften amerikanischen Widerpruch zu gewärtigen haben, der durch die ganze Bewegung im Kongreß und anderwärts unterstützt würde.

New York, 17. Januar. (Durch Funkbruch vom Wolff-Bureau.) New York hat wieder aus Washington, die Verdrängung Spaniens durch die von England beabsichtigte neue Modade Deutschlands nicht anerkennen, so lange sie nicht durchaus still ist.

„Evening Post“ meldet: Oberst Houze, der eine längere Besprechung mit Gren hat, läßt die neuen Fälle einen ausführlichen Bericht für Lord. Seine eigene der englischen Regierung, daß die englischen Einwirkungen des amerikanischen Handels einen ungünstigen Eindruck auf die amerikanische öffentliche Meinung machen, und das das amerikanische Volk von England erwartet habe, daß es sich dem Völkerrecht füge, genau mit dem Deutschland schließlich in den Verhandlungen über den Unterseebootskrieg getan hat. England beruft sich auf die von dem Kaiser am 1. August 1916 an die amerikanische Regierung gerichtete Note vom Oktober 1916 vor. Mehrere Londoner Telegramme bestätigen, daß die deutsche Modade Deutschlands nicht still werden wird.

Ein amerikanischer Protest.

New York, 17. Januar.

(Durch Funkbruch vom Vertreter des Wolff-Bureau.) „World“ meldet aus Washington: Obwohl es unmöglich ist, eine amtliche Angabe über den tatsächlichen Inhalt der Sendung des Obersten Houze zu erhalten, besteht doch ganz besondere Gründe für die Annahme, daß der Präsident seinen Abgeordneten beauftragt habe, die verantwortlichen amtlichen Stellen der englischen Regierung auf die schwere Verantwortung hinzuweisen, die sie in den Vereinigten Staaten hervorgerufen haben, indem sie es abgelehnt haben, die Forderungen der Regierung zu beachten, nach denen die englische Marine angewiesen werden sollte, ihre Methoden zur Verhinderung der sogenannten Blockade zu ändern. Oberst Houze wird, so erwartet man, dem nächsten Auswärtigen Komitee die Aufgabe klar machen, daß die Haltung Englands in den Vereinigten Staaten heftigen Unwillen hervorgerufen habe, und daß die Regierung daher die kritischen Verurteilungen des Völkerrechts nicht übersehen werde. Man glaubt, daß Oberst Houze dem Präsidenten seinen Bericht vorbringen werde, daß er auf einen Beschluß in dem britischen Verfahren binnen kurzer Zeit rechnen könne. Die Regierung hatte Gründe für die Ansicht, daß einige nicht zuständige Personen, wahrscheinlich Vindictive-Unterstützer, die dauernd in England anwesend sind, bei der englischen Regierung einen schiefen Eindruck über die Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber den beiden kriegführenden Parteien erwecken. Die Regierung hat das Gefühl, daß sich die Streitfragen in der englischen Meinung verstreut haben, wobei einige Regierungsbürokraten zu der Überzeugung kamen, daß die Vereinigten Staaten nur einen Protest gegen die Blockade vorbereiteten, um die Deutsch-Amerikaner zu irritieren zu helfen, die vermutlich ihre Propaganda wieder aufnehmen würden, sobald der „Panama“-Fall beigelegt sei. Es wird von Oberst Houze erwartet, daß er diesen Eindruck unverzüglich beseitigen werde. Einige Reporter haben dem Präsidenten überzeugt, daß die Tätigkeit des Obersten nach hier eingetroffenen Berichten das Ergebnis gezeigt hat, daß England eine effektive Blockade gegen Deutschland vorbereite an Stelle des Zankens der letzten Entfernung, das vor mehr als einem Jahre eingeführt wurde. Staatssekretär Lansing bereitet einen kräftigen Protest in der Panama-Frage gegen England vor. Dieser wird vielleicht eine Abänderung erfordern, falls Oberst Houze inoffizielle Zusicherungen erhielt, daß jeder Grund zur Behauptung freiwillig von England beseitigt wird, vorausgesetzt, daß ihm Zeit genug gegeben wird, sein System ohne Verletzung internationalen Rechts abzuändern.

Die Wehrpflicht in England.

London, 18. Januar. (Neuer.) Unterhaus. Die Debatte über die Dienstpflicht macht gute Fortschritte. Die Regierung wird die Wehrpflicht in wichtigen Punkten die Wünsche der Arbeiterpartei. Diese sprach die Befürchtung aus, daß die Männer, welche für die Regierung arbeiten, willkürlich entlassen werden und durch die vorübergehende Arbeitslosigkeit unter die Bestimmungen der Bill fallen könnten. Die Arbeitgeber könnten somit die Bill als Form des industriellen Zwanges betrachten. Die Regierung nahm einen Zusatz an, der der Admiralität den ersten Vorschlag auf die unter dem Gesetz rekrutierten Männer gibt. Mr. Ramsay erklärte, daß 20 000 Mann mehr bei der Flotte Dienst nehmen, als die Admiralität ermächtigt war, aufzunehmen. Er beantragte, die Mannschaften für die Flotte auf 350 000 Mann zu erhöhen.

London, 18. Januar. Die Debatte über die einzelnen Punkte der Wehrpflicht-Bill verläuft ohne besondere Zwischenfälle. Bei der Abstimmung über die beantragten Amendements erhielt die Regierung eine überwältigende Mehrheit. Die Amendements der Arbeiterpartei, durch welche die Wehrpflicht eines industriellen Zwanges ausgedrückt werden soll, werden morgen zur Verhandlung gelangen. Man glaubt nicht, daß sich dabei Schwierigkeiten ergeben werden. London, 18. Januar. (Neuer.) Die sozialistische Kommission für nationale Verteidigung hat ein Manifest erlassen, in dem gesagt wird, daß die Verpflichtung zur Verteidigung der Freiheit des Volkes den sozialistischen Grundgedanken nicht widerspricht. Vertreter und indirekter Zwang sei der Schlüssel des Sozialismus. — Mit Sozialismus hat diese Kommission noch nie etwas zu tun gehabt.

Eine mißbilligte Prügelung.

Berlin, 19. Januar. (R. L. Z.) Die von den australischen Behörden Ende 1914 angeordnete öffentliche Prügelung von Deutschen in Deutsch-Neuguinea ist in der Tagespresse öfters erörtert worden, ohne daß bisher eine amtliche Äußerung zur Sache erfolgt wäre. Wie wir erfahren, habe die australische Regierung kürzlich erklärt, sie habe die Handlungsweise des Administrators mißbilligt und Anweisung gegeben, daß unter keinen Umständen die öffentliche Prügelung wiederholt werden dürfe. Auch die britische Regierung äußerte sich dahin, daß Vorgehen des Administrators in Rabaul sei „insofern“ gemessen und er habe deswegen eine „dienliche Warnung“ erhalten. Jedoch verlangte die australische Regierung, daß dem Einzelheiten des Vorgehens um Sause des verstorbenen Jahres zu ihrer Kenntnis gelangen waren, bei der britischen Regierung vollständige Genugtuung, insbesondere hinsichtlich der Bestrafung für die beispiellose Brutalität des verantwortlichen Beamten. Die Verhandlungen schweben noch, wobei die letzte Entfernung Australiens eine Rolle spielt. Nach Abschluß darf eine amtliche Berichtigung über den Gegenstand erwartet werden. Zur Aufklärung sei hinzugefügt, daß die Berichtigen über die Prügelung eines Mannes nicht angeklagt wurden, wobei die unzulässige Strafe verhängt wurde.

Rücktransport von Gefangenen.

Zwischen Kriegs- und Landwirtschaftsministerium in Rußland ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach ein großer Teil von Kriegsgefangenen aus Sibirien und Turkestan nach dem europäischen Rußland zurücktransportiert wird. Die russischen Kriegsgefangenen werden jetzt in die Gouvernements Bostawa und Jekaterinoslaw, die deutschen und ungarischen in die Wolgagouvernements verteilt. Sie sollen dort bei verschiedenen Arbeiten verwendet werden. Hiermit will man die Arbeiternot wenigstens teilweise beseitigen.

Aus einer Erklärung des Landwirtschaftsministers N. N. N. geht hervor, daß mehrere deutsche Kriegsgefangene aus Turkestan nach Berlin entlassen konnten, wo sie jetzt an den russisch-russischen Kämpfen teilnehmen.

Die Liebesgabenpakete in Sibirien.

Belanntlich wurden anlässlich des Weihnachtsfestes große Mengen von Liebesgaben für unsere in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen abgesetzt. Nun sind die ersten Briefe von in Sibirien Kriegsgefangenen Landsteuten eingelangt, die sich über die Beteiligung mit den erwähnten Liebesgaben äußern. Von den Briefen, die bereits die Post passiert haben, geben wir im folgenden einige Beispiele.

Krasnojarsk, 3. XII. 17. Es kamen nämlich vergangenes Sonntag die aus Österreich und Deutschland stammenden Liebesgaben zur Verteilung. Jeder erhielt eine gute Decke, eine Garnitur Wäsche, Sweater, dicke Handschuhe, Schneehauben, Bauchbinden, warme Socken, warme Schal, Eadud, Handtuch, neue Schokolade, Pfeffer, Käse, Jahnkäse, Kniemäntel usw.

Rischni-Budinsk, 21. XI. 17. Liebknecht Frau und Kinder! Ein besonderer Beweggrund treibt mich aus der mir eigenen Reserve. Wir wurden am 19. November vormittags von dem plötzlichen Erscheinen einer schwedischen Kommission des Roten Kreuzes in unserem Lager überrascht, ein heiliges Ereignis, das sich sofort im ganzen Lager verbreitete. Bald sah man Neugierige und Erwartungsvolle in Gruppen stehen die Hinde auf die willkommenen Gästen gerichtet. Ein Geheimnis verleiht sich noch ihrer Mission. Doch noch am selben Nachmittag sollte unsere Erwartung überholt werden, als uns mitgeteilt wurde, daß wir Tages darauf mit D. den, Wäsche und anderen Bedarfsartikeln versehen werden, was der eigentliche Zweck unserer Reise ist. Wir erfahren auch, daß es sich um Liebesgaben handelt, die unsere österreichischen und deutschen Landsteuten und Frauen in überwältigender und fürjorglicher Weise durch die unermüdete und wohlwollende Tätigkeit der Kommission des Roten Kreuzes den Kriegsgefangenen zukommen lassen. — Die Spannung unter den durchwegs bedürftigen Gefangenen wuchs, da diese Beteiligung erst Tage darauf stattfinden sollte. Es ist Samstag, den 20. November, ein schöner, sonniger, winterlicher Wintertag. Gegen Mittag fährt ein Train von zwölf schwerbeladenen Schritten mit Rissen und Fallen in den Hof des Lagers. Die Verteilung an die Kompanien im großen Saal beginnt sofort und ist bis 2 Uhr vollendet, wenn die Liebesgabenpakete der ersten Kompanie einer Pause eine von ihnen selbstangelegte Kasse mit kühnlicher Schnelligkeit und einer Widmung, die zweite Kompanie der anderen Dame ein von dieser Kompanie hergestelltes Album mit einer Widmung in Dankbarkeit überreicht. Die Verteilung in einzelnen dauerte unter Aufsicht unserer Offiziere bis in den späten Abend. Wir freuen uns sehr über die schönen und zugleich wertvollen Sachen, mit denen wir bedacht wurden und die wir auch notwendig brauchen. Ich habe heute mit Freude konstatiert, daß die Geschenke ihre jetzigen Besitzer bereits kennen, ihnen dienlich und bestimmt sind. Natürlich konnte nicht allen gedient sein, da in erster Linie die Bedürftigsten berücksichtigt wurden. Es ist jedoch niemand leer ausgegangen. Ich habe eine hübsche Decke und ein Paar Handschuhe bekommen. Wir alle sind unseren lieben Landsmännern und Frauen überaus dankbar für die Opferwilligkeit und wünschenswerten und freudigen neuen Jahr! Über treuer Vater.

Joholst, 11. Dezember. J. G., Major. Unser Roten Kreuz hat nämlich unsere Kriegsgefangenen eine unbedeutende Freude mit so notwendigen Liebesgaben (überreicht durch die österreichischen Delegierten) gemacht, die bereits sehr dringend gebraucht wurden. Jeder Mann hat mindestens drei brauchbare Stücke bekommen (entweder Mantel, Decke oder Wäsche, Hölz, Wäsche usw.). Die Leute haben sich wie Kinder gefreut. Schade, daß dies die edlen Spender nicht gesehen haben. Sie hätten eine tausendfache Freude an ihrer Gabe. Die großzügige Aktion hat hier in Rußland selbst einen kolossalen Eindruck gemacht und wirkt fast so wie eine von uns gewonnene Schlacht. Die Leute haben wirklich ein schönes Christkind bekommen!

Die Sicherheit, daß unsere Gaben in die Hände der Gefangenen kommen, die Freude, die unsere Lieben empfinden, wenn sie Gewichte aus der Heimat erhalten, ist die schönste Genugtuung für alle, die sich an dem Liebeswerk beteiligen.

kleine Kriegsnachrichten.

Der ganze Vostische Meerbusen ist nunmehr zugestoren. Das Eis liegt einen Meter stark von der schwedischen bis zur finnischen Küste. Die Schifffahrt ist dadurch bis zum Mai unterbrochen. Es wurden Zollschiffe auf den Inseln aufgestellt, um die Warentransporte zu überwachen.

Die erste sibirische Infanteriebrigade ist in Kgypten eingetroffen. Die Kämpfe um Bagdad. Chamberlain erklärte, die Witterungsverhältnisse in Mesopotamien wären schrecklich und hätten jeden Fortschritt verhindert.

Die Serben in Albanien. Ein Athener Drahtbericht des „Serolo“ behauptet, daß in Albanien noch 115 000 Serben mit 2500 Offizieren stehen. Zur Ausrüstung dieser Heeresgruppe seien noch 15 000 Pferde, 200 Maschinengewehre und 80 Kanonen verfügbar.

Anerkennung des Islams in Bagdad. In der türkischen Kammer wurde ein Telegramm des ungarischen Reichstages verlesen, in welchem die Annahme des Gesetzes betreffend die Anerkennung der islamitischen Religion angezeigt wird. Die Kammer beschloß, dem ungarischen Reichstage ihren Dank auszusprechen und den Sultan auszubilden, daß auch die anderen Verbündeten der Türkei den gleichen Beschluß fassen mögen. — Wer hätte sich träumen lassen, daß die christlichen Staaten einmal zur Anerkennung des Mohammedanismus, der Ungläubigen, kommen würden.

Parteiangelegenheiten.

Julius Zange gestorben.

Der Vorsitzende des Verbandes der Kupfer- und Zinn-Industrie Julius Zange ist am Sonntag früh im Alter von 65 Jahren verstorben. Seit Jahren wurde Zange von einem Nervenleiden geplagt; ein Herzschlag machte dem arbeitenden Leben plötzlich ein Ende.

Seit 1907 erster Vorsitzender des Verbandes und zugleich Redakteur des Hochworts, zählt er doch zu den Mitbegründern des Verbandes. Sein Verdienst war es, daß der Gründungslongress im Jahre 1885 zustande kam. Allerdings wurde das öffentlich weniger bekannt, denn Zange mußte sich, besonders in der Zeit des Sozialistenaufstiehs, im Hintergrund halten, er wollte als Ausführender nicht öffentlich hervortreten. Deshalb wurde er seiner Zeit auch aus dem Verband als wichtiger Ausführender ausgeschlossen, und erst im Jahre 1907, nach andauerndem Arbeit an dem Hochwort, wurde er zum ersten Vorsitzenden ernannt und in dieser Stellung als leitender Verbinder, bis ihn die Organisation an ihre

Sitze stellte. Zange war Mitglied im Vorstand des Landesvereins als Mitglied der Geschäftsleitung in Hamburg in den 1880er Jahren es verstanden, alle danach nach vorhandenen Brüdernschaften zu einem 1885 in Hamburg gegründeten Vereinigung zusammenzuführen, wo dann die Gründung der Organisation der Kupfer- und Zinn-Industrie beschlossen wurde. Zange war Mitglied der Organisation und hat die ehrenvolle Aufgabe, bei dem 25jährigen Bestehen des Verbandes eine Gedenkrede der Organisation zu schreiben.

Zange war in der Geschäftsleitung der Kupfer- und Zinn-Industrie als Leiter der Organisation tätig. Er war aber mit 25 und 30 Jahre alt Mitglied der sozialdemokratischen Partei und einflussreich. Zange ist für diese Arbeit sehr als Ausführender.

Der Vorstand war in Hamburg sehr weit bekannt. Seine Chausse oft berbe, aber doch große Art und Weise, seine Aufmerksamkeiten zu betonen, sprach er sich mit anderen verständig mirten, da sich eine offene Gesprächsform nach und nach vor acht Tagen auf der Hochworts-Organisation wurde möglich und nahm auch dort das Wort. Niemand ahnte, daß der Tod den sonst so rüchigen Mitbegründer in so kurzer Zeit schon dahingerafft hatte.

Der Verband der Kupfer- und Zinn-Industrie und die deutsche Gewerkschaftsbewegung verlieren an ihm einen treuen Stammvater und Mitarbeiter.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags. Telefonisch werden Rückfragen nicht erteilt.

H. Lehmannsfrage. Wir sind ganz Ihrer Ansicht. Wenn das Kind wirklich schwach ist, wird Ihnen der Arzt seinen zustimmen und das gewünschte Gutachten abgeben.

Frau H. Löffel. Das Besondere des Schumanns ist immer und allein maßgebend. Ist der Vater katholisch, so muß das Kind in die katholische Schule, ist er evangelisch, dann in die evangelische Schule usw. Will der Vater das Kind in einer anderen Religion unterrichten lassen als der feineren, so muß er das im Magistratsbureau IV a, Gartenstraße 3, Gartenhaus, dritter Stock, Zimmer 35, erklären.

H. Jauer. Ob Sie sich und groß anfahren, sollten Sie lieber die „Volkswacht“ genauer durchlesen. Bereits in der „Volkswacht“ vom 13. Januar ist Ihre Anfrage vom 12. Januar beantwortet. Mehr können wir nicht tun. Als „10-jähriges Abonnements-Mitglied“ sollten Sie solche Dinge wirklich etwas ruhiger behandeln. Anfragen, die bei uns eingehen, werden stets vänlich beantwortet.

H. Taubenschneiders. Schreiben Sie an das Reserve-Infanterie-Regiment 272, 41. Reserve-Brigade, 82. Reserve-Division.

H. S. 37. 1. Die verwundeten und kranken Soldaten erhalten seit 1. September 1915 von der Lazarettverwaltung die Friedenslösung. 2. Ja, Sie können ein neues Verfahren beantragen; gut ist es, wenn Sie ein ärztliches Gutachten gleich mit einreichen. 3. Nein, ohne Zivilversicherungsschein können Sie auf keine Artstellung bei der Post nicht rechnen. Schreiben Sie an die Oberpostdirektion Breslau, Armierungsschreiberei.

H. Müller. 1. Die Mutter hat monatlich 7,50 Mark familiäre Kriegsunterstützung zu verlangen und den Zuschuß der Gemeinde, wenn ein solcher gezahlt wird. Die Unterstützung der Mutter erhöht sich dadurch selber nicht, daß drei ihrer Söhne im Felde stehen. Das sollte eben für die Gemeinde ein Grund mehr sein, Ihnen einen angemessenen Zuschuß zu bewilligen. 2. Kriegsgefangene mit einem Einkommen bis zu 200 Mark sind während des Krieges von der staatlichen Einkommensteuer befreit; aber die Gemeinden sind berechtigt, die Gemeindefiskus auch von den Kriegern weiter zu erheben. Sie können selbstverständlich auf diese Steuern ganz verzichten, wie es zum Teil in Breslau geschieht, oder die Steuern zahlen.

H. Spindler. Einen Familiennachbar dürfen Sie wohl verurteilen, aber mit solchen Verträgen nicht.

H. Mittelstein. Kranken- und Invalidenbeiträge für ein ganzes Jahr vom Lohn abzuziehen, ist ungesetzlich. Das Gesetz lautet dahin, es können solche Beiträge höchstens für zwei Lohnzahlungen abgezogen werden, bei vorübergehender Lohn also die Beiträge für ein halbes Jahr. Weichen Sie die Sache dem Amts-vorsteher.

H. Schubert. 1. Die Schwägerin soll beim Gemeindevorsteher die Kriegsunterstützung für die beiden Söhne beantragen. Außerdem erhalten die unbeschäftigten Kinder von Verwandten oder Bekannten eine monatliche Unterstützung. Bei der Polizeibehörde zu beantragen ist, also in diesem Falle, beim Amtsvorsteher. Eine laufende Unterstützung erhalten die unbeschäftigten Kinder der Geschwister oder Bekannten nicht. 2. Wegen der Kriegsgefangenen Lösung soll die Schwägerin an den Tribunalen schreiben, bei dem der Leibarzt gehandelt hat.

H. M., Strehlen. Wenn Sie der Mann mit Ihnen dasin vereinigt hat, daß Sie den Mann nach dem Kriege haben, brauchen Sie nicht zu sorgen. Es ist auch ungesetzlich, einen armen kranken Krieger zu bedrängen, dessen Familie nur auf die Kriegsunterstützung angewiesen ist. Sie können einer Person nicht entziehen, die Hilfe, daß man Ihnen nicht spendet.

H. Weibgraue. Wie haben Ihre Adressen noch einmal an die zuständigen Stellen befördert.

H. 12. Die Berufsgenossenschaft kann laut gesetzlichen Vorschriften die Rente entziehen, aber Ihr Sohn kann dagegen Verurteilung einlegen, so daß es vor dem Ober-Versicherungsamt zur Verhandlung kommt.

H. Pionier in Rußland. Das ist uns nicht bekannt, können wir auch nicht ermitteln.

H. Landwirtmann Eitelwe. Da es eine lange Forderung erachtet hätte, es ist schon etwas alles: Wer um Arzene eingezogen ist, braucht keine Invalidenrente haben. Trotzdem wir ihm die ganze Zeit, die er eingezogen war, als Verlust geltend angerechnet. Es kommt also niemand zu Schaden; das Recht auf Rente geht durch die Teilnahme am Kriege nicht verloren. Das wäre auch noch schöner.

Vermischtes.

Der Mann mit den zwei Herzen. Das Wunder wird berichtet: Vor der Rüstungskommission in Szeged ist ein einundzwanzigjähriger junger Mann, namens Viktor Boerovic erschienen, bei dem konstatiert worden sein soll, daß er zwei normal funktionierende Herzen habe. Die beiden Herzen stehen kastig nebeneinander.

Eckstein's

No 5

Trustfrei

beste 2 1/2 Pfg. Zigarette

A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

